

# Rättestaat oder parlamentarische Demokratie

Neuere Forschungen zur Novemberrevolution 1918  
in Deutschland

Von KARL DIETRICH ERDMANN

*Eine J. C. Jacobsen-Gedenkvorlesung*

Det Kongelige Danske Videnskabernes Selskab  
Historisk-filosofiske Meddelelser 49:4



Kommissionær: Munksgaard  
København 1979

DET KONGELIGE DANSKE VIDENSKABERNES SELSKAB  
udgiver følgende publikationsrækker:

THE ROYAL DANISH ACADEMY OF SCIENCES AND LETTERS  
*issues the following series of publications:*

*Bibliographical Abbreviation*

Oversigt over Selskabets Virksomhed (8°) <i>(Annual in Danish)</i>	Overs. Dan. Vid. Selsk.
Historisk-filosofiske Meddelelser (8°) Historisk-filosofiske Skrifter (4°) <i>(History, Philology, Philosophy, Archaeology, Art History)</i>	Hist. Filos. Medd. Dan. Vid. Selsk. Hist. Filos. Skr. Dan. Vid. Selsk.
Matematisk-fysiske Meddelelser (8°) <i>(Mathematics, Physics, Chemistry, Astronomy, Geology)</i>	Mat. Fys. Medd. Dan. Vid. Selsk.
Biologiske Skrifter (4°) <i>(Botany, Zoology, General Biology)</i>	Biol. Skr. Dan. Vid. Selsk.

Selskabets sekretariat og postadresse  
*The address of the Academy is:*

*Det Kongelige Danske Videnskabernes Selskab,  
Dantes Plads 5,  
DK-1556 Copenhagen V.  
Denmark.*

Selskabets kommissionær  
*The publications are sold by the agent of the Academy:*

MUNKSGAARDS BOGHANDEL,  
6, Nørregade,  
DK-1165 Copenhagen K.  
Denmark.

# Rättestaat oder parlamentarische Demokratie

Neuere Forschungen zur Novemberrevolution 1918  
in Deutschland

Von KARL DIETRICH ERDMANN

*Eine J. C. Jacobsen-Gedenkvorlesung*

Det Kongelige Danske Videnskabernes Selskab  
Historisk-filosofiske Meddelelser 49:4



Kommissionær: Munksgaard  
København 1979

Eine Zuwendung  
der Carlsberg-Gedächtnis-Stiftung dem Brauer J. C. Jacobsen  
hat eine Reihe von öffentlichen J. C. Jacobsen-Gedenkvorlesungen  
und deren Drucklegung ermöglicht.  
Die Königlich Dänische Akademie der Wissenschaften  
dankt herzlich dafür.

### *Synopsis*

Zwischen dem Zusammenbruch der Monarchie nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung wurde Deutschland vom »Rat der Volksbeauftragten« regiert. Dieser aus Vertretern der beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzte »Rat« sicherte die kontinuierliche Überleitung von der parlamentarischen Monarchie der sogenannten Oktoberverfassung des Jahres 1918 zur parlamentarischen Demokratie der 1919 begründeten Weimarer Republik. Dabei verzichtete der Rat der Volksbeauftragten trotz seiner revolutionären Legitimierung auf die soziale Revolution. Eine Analyse der Gesellschaftsstruktur zeigt, daß es in Deutschland *keinen demokratischen Weg zum Sozialismus* gab. Die Weimarer Republik war das Ergebnis des Zusammenwirkens zwischen den Mehrheitssozialisten unter der Führung Eberts sowie bürgerlichen und konservativen Kräften in Abwehr sozialrevolutionärer Bestrebungen der radikalen Linken, die auf die Errichtung einer Räte-demokratie hiniendeten. Die neuere Revolutionsforschung hat sich mit der Frage befaßt, ob es zwischen der Alternative »Rätestaat oder parlamentarische Demokratie« noch einen »dritten Weg« gegeben habe. Hierbei hat sich die Forschung besonders mit der früher vernachlässigten *Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte* befaßt. Die vorliegende Untersuchung gelangt aufgrund der Analyse der politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten Deutschlands zu dem Ergebnis, daß es keine reale Möglichkeit für eine Symbiose zwischen Räte-system und parlamentarischer Demokratie gab. Die These von der verpaßten Chance eines »dritten Weges« beruht nicht auf geschichtlicher Wirklichkeit. Sie gehört in den Bereich des *politischen Mythos*.

KARL D. ERDMANN  
Professor  
*Historisches Seminar der Universität Kiel*  
D-23 Kiel

In Deutschland ist zweimal der Versuch unternommen worden, einen demokratischen Staat in Form einer parlamentarischen Republik zu errichten: die 1949 gegründete Bundesrepublik als Ergebnis von Niederlage und Zusammenbruch im Zweiten Weltkrieg und 30 Jahre vorher als Ergebnis der Niederlage im Ersten Weltkrieg und des Zusammenbruchs der Monarchie die 1919 ins Leben gerufene Weimarer Republik. Dieses erste Experiment mit einer Demokratie in Deutschland war im Endergebnis ein Fehlschlag; es endete im Nationalsozialismus.

Warum mißglückte das demokratische Experiment der Weimarer Republik? War sie von Anfang an zum Untergang verurteilt? Ging die Novemberrevolution 1918 nicht weit genug? War es ein »Geburtsfehler« der Weimarer Republik – wie manche Historiker behaupten –, daß 1918/19 die soziale Revolution unterblieb, weil Ebert und die Sozialdemokraten ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren oder die Revolution gar verrieteten?<sup>1)</sup> Diese Fragen sind von höchster Bedeutung nicht nur, um die geschichtliche Vergangenheit zu verstehen, sondern auch, um im gegenwärtigen Deutschland den richtigen Weg zu finden. Daher ist es verständlich, daß sich die historische Forschung in den beiden letzten Jahrzehnten sehr stark der Analyse der kurzen revolutionären Zwischenperiode zwischen dem Niederbruch der Monarchie im November 1918 und der Errichtung der Weimarer Republik im Sommer 1918 und der Errichtung der Weimarer Republik im Sommer 1919 zugewendet hat.<sup>2)</sup> In einem ersten Teil der folgenden Überlegungen sei

1: Charakteristisch ist der Buchtitel des vielgelesenen Publizisten *S. Haffner*, *Die verratene Revolution* (1969).

2: Übersicht über die Literatur bei *K. D. Erdmann*, *Die Zeit der Weltkriege* = *Gebhardt*, *Handbuch der deutschen Geschichte* Bd. 4 (1973). Zum Forschungsstand u. a. *E. Kolb* (Hg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (1972); *H. Hürten*, *Die Novemberrevolution – Fragen an die Forschung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979). – *L. Winkler*, *Die Novemberrevolution in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 21 (1970).

die Frage gestellt, was denn eigentlich bei der Revolution herausgekommen ist. Was war ihr Ergebnis? In einem zweiten Teil sollen die revolutionären Ereignisse selber in den Blick genommen werden. Ein dritter Teil wird sich dann mit einigen kontroversen Problemen der neueren Forschung befassen.

### I.

Zunächst also vergleichen wir die Weimarer Reichsverfassung von 1919 mit der Verfassung des kaiserlichen Deutschland am Vorabend der Revolution. Was waren die Gemeinsamkeiten, was die Unterschiede?

Die Grundstruktur blieb dieselbe: hier wie dort haben wir eine Vertretung der Nation im Parlament, dem Reichstag, eine Vertretung der Mitgliedstaaten in einer föderalen Kammer, dem Bundesrat bzw. Reichsrat, und hier wie dort ein persönliches Staatsoberhaupt. Der Reichstag hatte bereits während des Krieges erhöhte Bedeutung erlangt, nachdem im Krisenjahr 1917 angesichts der amerikanischen Intervention und der russischen Revolution eine gewisse parlamentarische Zusammenarbeit zwischen den Parteien von den Sozialdemokraten über die linksliberale Fortschrittspartei und das katholische Zentrum bis hin zu den Nationalliberalen zustande gekommen war. Schließlich wurde in der sogenannten Oktoberverfassung von 1918 einen Monat vor der Revolution die parlamentarische Regierungsweise in die Monarchie eingeführt. Die Regierung war jetzt vom Vertrauen des Parlaments abhängig. So ist das parlamentarische System der Weimarer Republik nicht ein Bruch mit der kaiserlichen Verfassung in ihrer letzten Phase, sondern im Gegenteil ihre direkte Fortsetzung.

Das gleiche gilt für das demokratische Wahlrecht. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen konnte endlich, nachdem im Oktober das Preußische Herrenhaus seine Zustimmung dazu erklärt hatte, zugunsten des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts abgeschafft werden, wenn auch keine Zeit mehr blieb, es, solange die Monarchie noch bestand, zu praktizieren. Im Unterschied zu dem ungleichen Zensuswahlrecht Preußens und der meisten anderen deutschen Länder hatte es im kaiserlichen Deutschland für den Reichstag von Anfang an ein allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht gegeben. Bismarck hatte es aus der Paulskirchenverfassung der Revolution von 1848 übernommen. Dennoch hatte sich dieses demokratische Wahlrecht bisher zuungunsten der Sozialdemokraten ausgewirkt, und zwar in doppelter Hinsicht: Einmal waren die Wahlbezirke hinsichtlich Umfang und Bewohnerzahl sehr unterschiedlich geschnitten. In den agrarischen Gebieten des Ostens

war eine relativ kleine Anzahl von Wählern berechtigt, einen Abgeordneten in den Reichstag zu schicken, während in den industriellen Ballungsgebieten Mittel- und Westdeutschlands eine sehr viel größere Bevölkerungszahl hierzu erforderlich war. Zudem hatte das Personalwahlrecht mit Stichwahl dazu geführt, daß, wenn in der ersten Wahl ein sozialdemokratischer Abgeordneter die relativ meisten Stimmen erlangt hatte, in der Stichwahl die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen gewöhnlich durch das Zusammenwirken aller bürgerlichen Stimmen auch unterschiedlicher Parteien sich zuungunsten der sozialdemokratischen Kandidaten auswirkte. Diese als ungerecht empfundenen Eigentümlichkeiten des Reichstagswahlrechts wurden in der Revolution durch die Einführung des Proporzsystems beseitigt. Auch die Frauen erhielten jetzt das Wahlrecht. Man kann feststellen, daß insgesamt die Revolution zu einer entschiedenen Demokratisierung der Parlamente geführt hat. Eine im Vergleich zur Kaiserzeit ungleich größere Zahl von Angehörigen des Kleinbürger- und des Arbeiterstandes wurde jetzt in die Vertretungskörperschaften der Gemeinden, der Länder und des Reichs entsandt.

Der Demokratisierung des Reichstags entsprach ein höherer Grad der Zentralisierung der Reichsgewalt. Während im kaiserlichen Deutschland zur Verabschiedung eines Gesetzes die Zustimmung sowohl des von der Nation gewählten Reichstags wie der von den Länderregierungen bestellten föderalen Kammer des Reichsrats erforderlich gewesen war, behielt der Reichsrat in der Weimarer Verfassung lediglich das Recht zum aufschiebenden, suspensiven Veto.

Was schließlich das personale Staatsoberhaupt anlangt – jetzt ein erwählter Reichspräsident anstelle des erblichen preußischen Königs und Kaisers –, so war auch der Reichspräsident mehr als eine bloß repräsentative Figur. Er wurde mit weitreichenden Vollmachten versehen. Die Weimarer Verfassungsgeber hielten es für notwendig, den verstärkten Einfluß von Parteien und Parlament dadurch auszubalancieren, daß sie dem Reichstag einen mächtigen, aus direkter Volkswahl hervorgehenden Reichspräsidenten gegenüberstellten. Dessen weitreichende Vollmachten waren ursprünglich für den Fall eines Notstandes wie z. B. eines Bürgerkrieges gedacht. Aber als sich der Reichstag in den letzten Jahren der Republik unfähig zur Mehrheitsbildung und damit zur Gesetzgebung erweisen sollte, erlangte der Reichspräsident eine gleichsam diktatorische Stellung. Er besaß größere Vollmachten, als sie den Königen in den zeitgenössischen parlamentarischen Monarchien Europas eignen.

Wenn man sich einem historisch-politischen Wunschdenken hingeben wollte, könnte man wohl meinen, daß es für den inneren Zusammenhalt der Weimarer Demokratie besser gewesen wäre, wenn man es dem Kaiser nicht erlaubt hätte, sich der politischen Verantwortung für die Folgen von Krieg und Niederlage zu entziehen. Es wäre für das Verhältnis der Konservativen zu einer neu entstehenden parlamentarisch-demokratischen Staatsordnung wahrscheinlich besser gewesen, wenn der Waffenstillstand und der Versailler Vertrag von einer kaiserlichen parlamentarischen Regierung hätten unterzeichnet werden müssen. Es hätte dann das giftige Wort von den Novemberräubern nicht solches Unheil anrichten können. Aber dies ist – wie gesagt – historisch-politisches Wunschdenken; denn: die alte Ordnung wurde weniger gestürzt als daß sie in sich zusammenbrach. Noch bevor sich eine Hand gegen die Person des Kaisers erhob, setzte er sich nach Holland ab – das unrühmliche Ende der preußischen Königs- und der deutschen Kaisergeschichte. Wie sehr die Symbole des Kaiserreichs auch bei den auf sie eingeschworenen Offizieren ihre verpflichtende und bindende Kraft verloren hatten, zeigen die Vorgänge auf der Flotte in Kiel. Als am Morgen des 5. November, noch vor der Flucht des Kaisers, die rote Flagge an den Masten der Kriegsschiffe hochging, verteidigten nur auf einem einzigen Schiff, S.M.S. König, der Kommandant und einige Offiziere die alte Reichskriegsflagge. Wenn vier Tage später, am 9. November, in Berlin die Republik proklamiert wurde, so war dieser Akt unvermeidlich.

Kann man dies eine Revolution nennen? Die Frage ist umstritten.<sup>3)</sup> Der Vergleich der Weimarer mit der Kaiserlichen Verfassung hat gezeigt, daß hier nicht ein totaler Bruch, sondern eine entschiedene Weiterentwicklung früherer Ansätze, eine Metamorphose, vorliegt. Aber diese Metamorphose mag man immerhin als »Revolution« bezeichnen, wenn man diesen Begriff im vorliegenden Fall einschränkt auf den der politischen Revolution: die frühere Grundlage der Herrschaftslegitimation, die Erbmonarchie, wurde ersetzt durch das Prinzip der Volkssouveränität. Es war die Nation, die, ausgerüstet mit einem demokratischen Wahlrecht, nicht nur den Reichstag, sondern auch das Staatsoberhaupt wählte. Diese politische Revolution war aber kein Umsturz des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Systems; sie war keine soziale Revo-

3: Die Unsicherheit der Beurteilung spiegelt sich in folgenden Bezeichnungen, die sich in der Literatur finden: »sogenannte Revolution«, »Revolution, die keine war«, »improvisierte Revolution«, »Zusammenbruch oder Revolution?«, »unvollendete Revolution«, »verratene Revolution«.



lution trotz mancher erheblichen Verbesserungen des sozialen Status der Arbeiterschaft, von denen noch die Rede sein soll.

Daß damals in Deutschland keine soziale Revolution stattfand, ist eine merkwürdige Tatsache, die der Erklärung bedarf; denn immerhin wurde Deutschland in den drei Monaten zwischen dem Niederbruch der Monarchie am 9. November 1918 und dem Zusammentritt der Nationalversammlung von Weimar am 6. Februar 1919 als Ergebnis der Novemberrevolution durch eine rein sozialistische, revolutionär legitimierte Regierung geführt, den Rat der Volksbeauftragten. Er setzte sich zusammen aus je drei Angehörigen der Sozialdemokratischen und der im Kriege abgesplitterten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD: Ebert, Scheidemann, Landsberg; USPD: Haase, Dittmann, Barth).

Um zu verstehen, wie es kam, daß eine rein sozialistische revolutionäre Regierung keine soziale Revolution machte, muß man einen Blick auf die gesellschaftliche Struktur des damaligen deutschen Volkes werfen; sie spiegelt sich in den Statistiken über die soziale Gliederung der Erwerbstätigen. Die Zahlen der ersten Volkszählung nach der Revolution aus dem Jahre 1925 ergeben folgendes Bild: 1) Selbständige (darin eingeschlossen u. a. der alte Mittelstand: Bauern, Handwerker, Geschäftsleute) 17,3%, 2) mithelfende Familienangehörige 17,0%, 3) Angestellte und Beamte (neuer Mittelstand) 16,5%, 4) Arbeiter 45,1%, 5) Hausangestellte 4,1% = zusammen 100%.

Diese Statistik zeigt, daß etwa die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung, wenn man die Hausangestellten einbezieht, zur Arbeiterklasse gehörte. Dieser Anteil der Arbeiter ist übrigens von der Jahrhundertwende an lange ziemlich konstant geblieben, bis er in der Bundesrepublik Deutschland in den beiden letzten Jahrzehnten auf 42,6% absank. Die Gruppe der Angestellten und Beamten auf der anderen Seite zeigt eine wachsende Tendenz. Um die Jahrhundertwende zählte diese Berufsgruppe etwa 11%, gegen Ende der Weimarer Republik 17% und im Jahre 1950 am Anfang der Bundesrepublik 20%. Heute ist sie mit 43,8% stärker als die der Arbeiter. Die Zahl der Selbständigen ist im Unterschied hierzu stetig zurückgegangen. Um die Jahrhundertwende betrug sie noch 23%, gegen Ende der Weimarer Republik etwa 16%, zu Beginn der Bundesrepublik nicht ganz 15% und heute 9%. Dies zeigt, daß die soziale Schicht der Arbeiter der relativ stabilste Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist. Etwa von der Jahrhundertmitte ab zeigt der Anteil der Arbeiter an der berufstätigen Bevölkerung infolge der technologischen

Entwicklung und des Anwachsens der Dienstleistungsberufe sogar eine leicht abfallende Tendenz.

Diese in ihrem Gesamtanteil an der Bevölkerung zur Zeit der Revolution zahlenmäßig stagnierende gesellschaftliche Schicht war das vornehmliche Rekrutierungsfeld für die beiden sozialistischen Parteien, obwohl eine geringe Anzahl von Anhängern des Sozialismus auch aus anderen sozialen Schichten kamen, besonders aus dem neuen Mittelstand und aus intellektuellen Kreisen. Aber auch wenn die meisten Anhänger der sozialistischen Parteien aus der Arbeiterschaft kamen, so waren doch keineswegs alle Arbeiter Sozialisten. Auch die katholische Zentrums- partei und in gewissem Umfang auch die linken Liberalen und die Konservativen fanden in der Arbeiterschaft Anhänger und Wähler.

So gab es mehrere miteinander konkurrierende Arten von Gewerkschaften, die sogenannten Richtungsgewerkschaften. Die weitaus stärksten waren die an der Sozialdemokratischen Partei orientierten Freien Gewerkschaften; daneben standen die christlichen und die liberalen Gewerkschaften. Um eine ungefähre Zahl zu geben: es hatten im Jahre 1919 die Freien Gewerkschaften 6 Millionen, die christlichen Gewerkschaften 1,4 Millionen, die liberalen Gewerkschaften 0,5 Millionen Mitglieder, d.h.: in der organisierten wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter war das Stärkeverhältnis der sozialistischen zu den christlichen und liberalen Gewerkschaften etwa 3:1.

Das Ergebnis der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung von Weimar im Januar 1919 entsprach diesen Beobachtungen. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die sich an der Wahl beteiligten, waren mit zusammen 45,5% (davon SPD 37,9%, USPD 7,6%) zwar die weit- aus stärkste politische Gruppe, aber sie hatten es nicht vermocht, in der verfassunggebenden Versammlung die Majorität zu erreichen, und es sollte ihnen dies auch bei den Reichstagswahlen im ganzen Verlauf der Weimarer Republik nicht gelingen.

Waren nun alle diese Sozialdemokraten, die nur eine Minderheit, wenn auch eine sehr starke Minderheit der deutschen Wähler darstellten, Anhänger einer sozialen Revolution? Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Bekannt ist das Wort, das Friedrich Ebert, der Führer der Mehrheits- sozialdemokraten und erster Präsident der Weimarer Republik, in den letzten Tagen der Monarchie an den Reichskanzler Prinz Max von Baden richtete: »Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale

4: *Prinz Max von Baden*, Erinnerungen und Dokumente, neu hg. von Golo Mann u. Andreas Burckhardt mit einer Einleitung von Golo Mann (1968), S. 567.

Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.«<sup>4)</sup>

Überhaupt glaubte die Sozialdemokratische Partei, die trotz ihrer revolutionären Ideologie in der Praxis zu einer sozialen Reformpartei geworden war, insgesamt nicht an revolutionäre Aktion. Die Sozialdemokraten setzten ihr Vertrauen eher in das, was sie als den unvermeidlichen Gang der Geschichte betrachteten, der, wie sie es von Karl Marx übernommen und in ihrem Erfurter Parteiprogramm von 1891 formuliert hatten, durch die gleichsam naturgesetzlich zwingende Kraft der gesellschaftlichen und ökonomischen Gesetze vom Kapitalismus zum Sozialismus führen werde. Sie waren von der marxistischen Vorstellung der Polarisierung der Gesellschaft geleitet, in der einer ständig wachsenden Akkumulierung des Kapitals in wenigen Händen auf der anderen Seite eine immer wachsende Zahl der Lohnabhängigen gegenüberstand. Daher entschieden sie sich für den demokratischen Weg zum Sozialismus, da ihnen, wie sie annahmen, die gesellschaftliche Entwicklung zwangsläufig die Mehrheit in einem demokratisch gewählten Parlament und damit die Verfügungsgewalt über Staat und Wirtschaft bringen würde. Diese Prognose und Erwartung war insofern richtig, als die Gruppe der Lohnabhängigen in der Tat wuchs. Aber sie wuchs infolge des ständigen Anwachsens des neuen Mittelstandes, nicht aber des Industrieproletariats. Und dieser neue Mittelstand betrachtete sich selbst keineswegs als dem Proletariat zugehörig; er war in seiner Mehrheit entschieden nicht marxistisch gesonnen.

Es ist ganz verständlich, daß das Ergebnis der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung bei den Sozialdemokraten das Gefühl tiefer Enttäuschung hervorrief. Es ergibt sich jedenfalls die zwingende Feststellung, daß es danach keinen demokratischen Weg gab, der zum Sozialismus führte, wenn man diese beiden Worte ernst nimmt; nämlich, daß man unter Sozialismus die Abschaffung des Eigentums an Produktivgütern und unter Demokratie die Herrschaft der Mehrheit versteht. Da die Sozialisten keine Mehrheit erlangten, und da hierfür aufgrund der sozialen Struktur der deutschen Industriegesellschaft auch keine Chance bestand, waren sie gezwungen, sich mit anderen nicht-sozialistischen Kräften zusammenzutun, um eine demokratische Verfassung entstehen zu lassen und eine Regierung zu bilden.

Diese sogenannte Weimarer Koalition bestand aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Als aber im Jahre 1920 die ersten Reichstagswahlen auf der Grundlage der Weimarer Verfassung stattfanden, war das Ergebnis, daß sogar diese Weimarer Koalition, die diese Ver-

fassung geschaffen hatte, nicht mehr die Majorität erhielt, nachdem die Verfassung in Kraft getreten war. So war also eine noch weitergefaßte Große Koalition unter Einschluß der Liberalen des rechten Flügels, der Deutschen Volkspartei, einer Partei der industriellen Interessen, notwendig, wenn man überhaupt für eine Regierung eine parlamentarische Mehrheit finden wollte. Dies gelang in wechselnden Formen während der ersten zehn Jahre der Weimarer Republik. Deren Existenz und damit das Schicksal der Demokratie in Deutschland war an den kategorischen Imperativ des politischen und sozialen Kompromisses gebunden.

Zur demokratischen Republik, die auf der Kompromißbereitschaft unterschiedlicher Parteien beruhte, gab es zwei nicht-demokratische Alternativen. Die eine Alternative war später in der Endphase der Weimarer Republik auf dem äußersten rechten Flügel des Parteienspektrums der Nationalsozialismus; er wurde schließlich am Vorabend der Machtübernahme durch Hitler die relativ stärkste politische Gruppe mit etwa einem Drittel der deutschen Wähler hinter sich. Aber wie sah es am Anfang der Weimarer Republik aus? Eine theoretische Alternative war das Rätssystem. Das Rätssystem ist im Unterschied zur parlamentarischen Demokratie durch folgende idealtypische Charakteristika gekennzeichnet: Besetzung der Beamten-, Richter- und Offiziersstellen durch Wahl; Wahlrecht als Klassenprivileg; gebundenes Mandat; Aufhebung der Gewaltenteilung und insonderheit Diktatur des Proletariats. Das Rätssystem ist – mit den Worten von Hugo Preuß, von dem der erste Entwurf für die Verfassung der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Republik stammt – ein »umgekehrter Obrigkeitsstaat«.<sup>5</sup> Es gab in Deutschland in den Revolutionsjahren 1918/19 auf der radikalen äußersten Linken verschiedene Anhänger der Räteherrschaft mit unterschiedlichen Zielvorstellungen im einzelnen. Fragen wir uns nunmehr, wie sich diese Bestrebungen einer radikalen Revolution in das Kräftefeld der revolutionären Entwicklung der Jahre 1918/19 einordnen.

## II.

Die russische Oktoberrevolution von 1917 hatte die deutsche Arbeiterklasse tief beeindruckt. Die Proklamierung eines Friedens ohne Annexionen und Tribute hatte die Hoffnung geweckt, daß es bald für Deutschland möglich sein würde, einen Weg aus dem Krieg heraus zu

5: *Hugo Preuß*, Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat, Berliner Tageblatt, 14.11. 1918, abgedruckt in: ders., Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Nachdruck der Ausgabe von 1926 (1964).

finden ohne vollständige Niederlage. Dabei wuchs in den Massen das Gefühl, daß, wenn der Krieg immer noch nicht zu einem Ende kam, dies an den herrschenden Klassen läge, die nicht gewillt waren, auf ihre weitreichenden Kriegsziele zu verzichten und einem Verhandlungsfrieden ohne Eroberungen und Tribute zuzustimmen. Dies war der Hintergrund der Flottenmeuterei im Jahre 1918. Als Ende Oktober die Schlachtflotte den Befehl erhielt, auszulaufen und eine Begegnung mit der britischen Flotte zu suchen, weigerten sich die Matrosen. Sie rissen das Feuer unter den Kesseln weg. Bald wurden sie Herren der Kriegshäfen, Kiels zunächst, dann der anderen Küstenstädte. Dieser »Generalstreik der Armee«, wie ihn Rathenau genannt hat, verbreitete sich von Kiel ausgehend schnell über das ganze Land, obwohl die westliche Front in Frankreich weiterkämpfte. Überall im Lande bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte.

Diese Räte sind in den letzten Jahren Gegenstand intensiver Forschungen geworden. »Rat« ist das Äquivalent für das russische Wort »Sowjet«. Der Einfluß des russischen Beispiels auf die Ereignisse in Deutschland ist augenfällig. Aber fragen wir nach dem eigentümlichen Charakter der Rätebewegung in Deutschland. Können deren Ziele mit denen der Sowjets in Rußland verglichen werden? Bestand wirklich eine Gefahr des Bolschewismus in Deutschland? Oder war diese Gefahr lediglich eine übertriebene Sorge im deutschen Bürgertum, im Mittelstand und auch unter Sozialdemokraten angesichts der ungewissen zukünftigen Entwicklung? War die Warnung vor dem Bolschewismus ohne Realitätsgehalt oder sogar, wie einige Historiker meinen, nichts als eine Propagandathese, die den Zweck hatte, die westlichen bürgerlich-kapitalistischen Siegerstaaten zu beeindrucken, um weniger harte Friedensbedingungen für Deutschland zu erlangen? Unbestreitbar hat diese These im politischen Kalkül z.B. eines Bolschewistengegners wie Ebert eine Rolle gespielt. Aber war sie darum ohne Substanz?

Um den Weg zu einer Antwort auf diese Fragen zu finden, sollen nunmehr einzelne Ereignisse zwischen der Meuterei der Flotte Ende Oktober 1918 und dem Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung Anfang Februar 1919 betrachtet werden. Diese Meuterei der Flotte war keineswegs gegen die letzte kaiserliche Regierung gerichtet; gehörten doch dieser Regierung bereits mehrere sozialdemokratische Minister an. Sie war vielmehr – wie gesagt – im Ursprung eine Aktion, um den Krieg zu beenden. Da aber der Kaiser den Weg zum Frieden zu blockieren schien, wurde bald landauf, landab der Ruf nach seiner Abdankung laut. In dieser Lage versuchten die Arbeiter- und Soldaten-

räte Kontrolle über die Verwaltung zu gewinnen. Das war in sich selbst, ganz abgesehen davon, ob und in welchem Maße langfristige Zielsetzungen dahinter standen oder nicht, ein revolutionärer Vorgang. Es handelte sich dabei nicht um eine zentral organisierte Bewegung, sondern vielmehr um spontane Ereignisse. Unter ihrem Eindruck brachen innerhalb weniger Tage alle Throne in den deutschen Einzelstaaten zusammen; zuerst am 7. November in Bayern, am 9. November in Preußen und im Reich.

Die Räte waren zugleich ein elementarer Ausbruch des Wunsches der Massen nach Wiedervereinigung der im Kriege gespaltenen Arbeiterbewegung. Jetzt, als die alte politische Ordnung zusammenbrach, erhielten sozialistische Hoffnungen auch ohne klare Zielvorstellungen neuen Auftrieb. Überall im Lande kam es anfänglich zu einer Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen Richtungen. Hierfür wurde im Kieler Arbeiterrat das Muster gesetzt.<sup>6)</sup> In den anderen lokalen Arbeiterräten geschah es ähnlich. Auch in Berlin nahmen die Dinge zunächst einen Verlauf, der die getrennten sozialistischen Parteien zu gemeinsamer Aktion wieder zusammenzuführen schien. Nachdem am 9. November zwei miteinander rivalisierende Proklamationen der Republik erfolgt waren – der Mehrheitssozialist Scheidemann rief vom Balkon des Reichstages die »Deutsche«, der Spartakistenführer Liebknecht vom Balkon des Schlosses die »Freie Sozialistische« Republik aus –, bildeten die beiden sozialistischen Parteien am 10. November als gemeinsame revolutionäre Regierung den »Rat der Volksbeauftragten«. Gleichberechtigte Vorsitzende waren Ebert (SPD), die geschichtlich herausragende Figur in diesem »Rat«, und Haase (USPD).

Aber so spontan die Rätebewegung für die Einheit der Arbeiterklasse an der Basis gewesen war, so schwierig erwies sich die tatsächliche Bildung und das Funktionieren des Rats der Volksbeauftragten als einer revolutionären Regierung, die von rivalisierenden sozialistischen Parteien bestimmt würde. Diese Koalitionsbildung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien im Rat der Volksbeauftragten überdeckte nur auf Zeit einen Fundamentalkonflikt, der später wieder aufbrechen mußte: Unter dem Einfluß Karl Liebknechts, der als Spartakusführer zugleich Sprecher ihres radikalen Flügels war, forderte die USPD, daß »die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in die Hände von gewählten Vertrauensmännern der gesam-

6: Die Vorgänge in Kiel sind neuerdings untersucht und dargestellt von *D. Dähnhardt*, *Revolution in Kiel* (Mitteilungen der Gesellschaft Kieler Stadtgeschichte 64, 1978).

ten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten« gelegt werden sollte.<sup>7)</sup> Das war eine Absage an das liberal-demokratische Prinzip der Gewaltenteilung und der Volkssouveränität. Die Mehrheitssozialisten wiesen aber den Gedanken an eine Klassendiktatur im Namen ihrer eigenen demokratischen Grundsätze zurück. Das Parteiorgan, der »Vorwärts«, brachte die Zurückweisung der Forderungen Liebknechts auf die klassische Formel: Nicht »alle Macht den Räten«, sondern »die ganze Macht dem ganzen Volk«. <sup>8)</sup> Indem Ebert und seine politischen Freunde sich an der Bildung einer Räteregierung, des Rats der Volksbeauftragten, beteiligten, erteilten sie also zugleich eine Absage an das Räte-system. Der Inhalt des Kompromisses bestand zunächst einfach darin, daß man auf der Grundlage gemeinsamer sozialistischer Überzeugungen gemeinsam die Regierung führen wollte, wobei offen blieb, wie lange diese vorläufige Regierung im Amt bleiben und in welchem Umfang sie vor dem Zusammentritt einer Nationalversammlung gesellschaftliche und wirtschaftliche Systemveränderungen vornehmen sollte.

Seit einigen Jahren sind die Protokolle der Sitzungen des Rats der Volksbeauftragten zugänglich; sie wurden inzwischen auch veröffentlicht.<sup>9)</sup> Diese Protokolle zeigen, in welchem Ausmaß die Ansichten der rivalisierenden sozialistischen Parteien und Gruppierungen in der Beurteilung der Lage und der einzuschlagenden Richtung gegensätzlich waren. Die Sozialdemokraten mit Ebert und Scheidemann wünschten Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung, ebenso die bürgerlichen Parteien, der Generalstab, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften aller Richtungen. Diese Wahlen sollten so schnell wie möglich durchgeführt werden. Der Gedanke der Unabhängigen Sozialdemokraten war hingegen, daß zunächst einmal das revolutionäre Zwischenspiel genutzt werden sollte. Die verfassunggebende Nationalversammlung, so wollte es der radikale Teil der Unabhängigen, sollte erst dann gewählt und ein parlamentarisches System erst dann eingeführt werden, wenn zuvor das soziale und wirtschaftliche System ent-

7: Schreiben des Vorstandes der SPD an den Vorstand der USPD vom 9.11.1918, in: *Gerhard A. Ritter | Susanne Miller* (Hg.), *Die deutsche Revolution* (/1975), S. 89ff. Zum Einfluß Liebknechts vgl. die Aufzeichnungen *Eduard Bernsteins* über die Vorgänge vor der Regierungsbildung am 9. n. 10.11.1918, abgedruckt ebd., S. 86ff., hier: S. 88.

8: *Friedrich Stampfer*, *Die ersten Gesetze der deutschen Republik*, Vorwärts, 14.11.1918, zit. nach: *E. Kolb*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919* (1962), S. 170.

9: *E. Matthias* (Hg.), *Die Regierung der Volksbeauftragten* (2 Bde 1969).

sprechend sozialistischen Vorstellungen fundamental verändert worden wäre. Außer den beiden sozialdemokratischen Parteien gab es auf der äußersten Linken radikale revolutionäre Gruppen, besonders die Spartakisten mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die das Kompromißgebilde des »Rats der Volksbeauftragten« ablehnten und grundsätzlich für eine Diktatur des Proletariats kämpften. Sie waren entschiedene Gegner des Gedankens, daß die Revolution schließlich in einer liberaldemokratischen Verfassung münden sollte. Ihre Idee einer »Freien Sozialistischen Republik« war ein Rätestaat. Besonders zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Spartakisten bestand ein unüberbrückbar tiefer Gegensatz. Der Lauf der Revolution zeigt nun eine sich verschärfende Polarisierung zwischen diesen beiden Konzepten. Die Unabhängigen Sozialdemokraten bewegten sich irgendwo zwischen diesen beiden Polen und tendierten teils mehr nach der einen, teils nach der anderen Seite. Die Demarkationslinie zwischen den Anhängern des Räteystems und den Anhängern des Parlamentarismus ging mitten durch die Unabhängigen Sozialdemokraten hindurch.

Die Frage, ob und wann eine verfassunggebende Versammlung gewählt werden sollte, wurde schließlich entschieden durch ein weiteres Element, das auf der Berliner Szenerie erschien, den Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Er tagte im Dezember 1918 und beschloß, daß Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung zu einem frühen Zeitpunkt stattfinden sollten. Dieser Entschluß der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte war ein Sieg für die Mehrheitssozialisten, für Ebert und Scheidemann.

Aber die Frage war damit keineswegs endgültig entschieden. Die Unabhängigen Sozialdemokraten verließen gegen Ende des Jahres den Rat der Volksbeauftragten, der jetzt unter der Führung Eberts nur noch Mehrheitssozialdemokraten umfaßte. Der Grund für das Ausscheiden war die in Berlin und anderen Industrieregionen Deutschlands in Demonstrationen, Gewaltakten und schließlich auch in Straßenkämpfen sich zunehmend verschärfende Konfrontation zwischen denjenigen Kräften, die für die Ebert-Scheidemann-Regierung standen, und denen, die ihren Sturz betrieben. Die Spartakisten und die »Revolutionären Obleute« in Berlin, die über eine große Anhängerschaft in den Betrieben verfügten, waren in der Lage, Massen auf die Straße zu bringen, die mit Vehemenz die Absetzung Eberts forderten und deren militanter, kleiner Kern bereit war, sich für das revolutionäre sozialistische Ideal zu schlagen.

Wer waren aber die Kräfte, die sich im Straßenkampf für die sozial-



demokratische Regierung Ebert einsetzen? Es ist nun eine fundamentale Tatsache, daß die Revolutionsregierung der Sozialdemokraten in Berlin keinen Erfolg hatte in ihrer Bemühung, eine eigene Armee zu schaffen, die sich etwa hätte vergleichen können mit den Ironsides der englischen Revolution oder der Sansculotten-Armee der französischen Revolution. Lassen Sie uns dieser Frage, die ich für ganz entscheidend halte, etwas genauer nachgehen. Auf welche Kräfte konnte sich Ebert stützen? Welche Versuche hat er gemacht, eine ihm zuverlässig ergebene Streitmacht zu schaffen? In den ersten Revolutionstagen war es zu einer Ab-sprache zwischen Ebert und dem Generalstab unter General Groener gekommen. Aber als Ebert an die Truppen, die nach Berlin zurück-gekehrt waren, appellierte, um für die Regierung zu kämpfen, erwiesen sich diese regulären Truppen als unzuverlässig. Sie waren kriegsmüde, wollten Weihnachten zu Hause feiern und liefen auseinander. Verschie-dene Versuche, die die Ebert-Regierung unternahm, um aus Sozial-demokraten eine Truppe aufzustellen, die bereit war, sich für die sozia-listische Regierung zu schlagen, hatten nur sehr begrenzten Erfolg. In Berlin war zwar durch den sozialdemokratischen Stadtkommandanten Wels eine republikanische Soldatenwehr geschaffen worden, aber diese erfüllte ihren Zweck nicht. Sie war geeignet zum Wachdienst und auch als Forum politischer Diskussionen, aber sie war nicht bereit, sich für die militante Verteidigung der sozialistischen Regierung Ebert wirklich einzusetzen. Als z.B. Liebknecht vor der Reichskanzlei am 8. Dezember eine Massendemonstration veranstaltete und den Sturz der Regierung ankündigte, wurde die Soldatenwehr zu ihrem Schutz herbeibeordert. Diese kam auch, ließ sich aber ihre Maschinengewehre von den Sparta-kisten wegnehmen. Wenig später ließ sie es geschehen, daß durch die sogenannte »Volksmarinedivision« die Stadtkommandantur und das Gebäude des »Vorwärts«, der führenden sozialdemokratischen Zeitung, besetzt und der Stadtkommandant Wels inhaftiert wurde. Die Volks-marinedivision war ursprünglich zum Schutze der Regierung in Berlin aus revolutionären Matrosen gebildet worden. Sie erwies sich aber als ganz und gar unzuverlässig, geriet mehr und mehr unter den Einfluß von Gegnern der Regierung und versetzte durch ihre Disziplinlosigkeit, Renitenz und Aufsässigkeit den Rat der Volksbeauftragten in eine als beschämend empfundene Zwangslage und Hilflosigkeit. Um sich eine wirklich zuverlässige Truppe ganz zur eigenen Verfügung zu schaffen, hatte der Rat der Volksbeauftragten am 12. Dezember ein Gesetz zur Bildung einer »Freiwilligen Volkswehr« verabschiedet. Sie sollte aus-schließlich dem Rat der Volksbeauftragten unterstehen, sich aus Frei-

willigen zusammensetzen und ihre Führer selber wählen. Der Generalquartiermeister General Groener wies die ihm nachgeordneten Behörden und Armeestellen an, die Bildung einer solchen Volkswehr zu unterstützen. Aber der Erfolg war sehr unbefriedigend; es kamen einige Freiwillige, aber nicht in ausreichender Anzahl, so daß Groener schon am 19. Dezember in sein Tagebuch schrieb: »Volkswehr Schlag ins Wasser«. Dabei entsprach die für die Freiwillige Volkswehr vorgesehene Organisationsform im Grunde genau den Vorstellungen der Räte. Die vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übernommenen sogenannten »Hamburger Punkte«<sup>10</sup>) besagten, daß die Befehlsautorität und Rangstellung der ehemaligen Offiziere, in denen man die Repräsentanten des alten militaristischen Systems erblickte, beseitigt werden und an deren Stelle das Prinzip der freien Führerwahl treten sollte. Aber während die Hamburger Punkte für die alte Armee gedacht waren, die nach den Kämpfen des Weltkrieges jetzt zur Demobilisierung anstanden, handelte es sich bei dem mißglückten Versuch zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr darum, für neue Kämpfe eine neue Truppe zu schaffen, die bereit gewesen wäre, sich für die Regierung des Rats der Volksbeauftragten zu schlagen. Der Fehlschlag des Versuchs, für diese Aufgabe soldatisch ausgebildete Sozialdemokraten in ausreichender Anzahl zu gewinnen, mag sich aus vielerlei Gründen erklären wie der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und der Zurückhaltung der mit der Anwerbung und technischen Durchführung befaßten militärischen Stellen. Man wird aber nicht fehlgehen in der Vermutung, daß bei den sozialdemokratischen Anhängern der Regierung Ebert die ideologisch bedingte Haltung eines »revolutionären Attentismus« und die im Unterschied zur revolutionären Linken mangelnde Einübung in politischer Militanz als psychologisches Hemmnis hierbei eine Rolle gespielt haben. Dieser Vorgang hat typische Bedeutung. Man kann ihn für die Deutung des Zusammenhangs der Geschehnisse in der Regierungszeit des Rats der Volksbeauftragten nicht deutlich genug bewerten. Was sich in Berlin ereignete, hatte seine Entsprechung auch in der Provinz. In Kiel, dem Ausgangspunkt der Revolution, z.B. wurde eine »Revolutionäre Sicherheitstruppe« gebildet. Ihre Soldaten sollten »auf dem Boden der sozialen Volksrepublik stehen«, und ihre Aufgabe bestand darin, die »Errungenschaften der Revolution« zu sichern. Als sie aber Anfang 1919 bei den Spartakusunruhen gefordert wurden, versagten sie. Die Ordnung wurde

10: Text bei G. A. Ritter / Susanne Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente (2. erweiterte Auflage 1975).

wiederhergestellt mit Hilfe von Studenten und Offizieren der alten Armee.

Einen solchen problematischen Ausweg aus dem Dilemma einer sozialdemokratischen, revolutionär legitimierten Regierung, die sich aber nicht auf eine militante und kampfbereite sozialdemokratische Anhängerschaft zu ihrer Selbstbehauptung stützen konnte, hatte Noske gewiesen, der nach dem Ausscheiden der Unabhängigen Sozialdemokraten als Mitglied in den Rat der Volksbeauftragten gerufen wurde. Als Beauftragter der Regierung hatte er in Kiel dafür gesorgt, daß die dortige Revolution nicht in Gewalttaten entartete. Er wandte sich an Offiziere der alten Armee, insonderheit an den preußischen Kriegsminister Oberst Reinhardt, und organisierte mit ihrer Hilfe Freiwilligenverbände, »Freikorps«, von Offizieren und Soldaten, die, obwohl durchweg antimarxistisch, gewillt waren, sich für die gegenwärtige sozialistische Regierung einzusetzen. Unter ihrem Schutz sind die Wahlen für die verfassunggebende Versammlung durchgeführt und die Schaffung einer demokratischen Verfassung ermöglicht worden.

Der Appell an die antimarxistischen Freikorps erschien und erscheint manchen immer noch als ein Verrat an der Arbeiterklasse, am Sozialismus und an der Demokratie. Besonders Noske war und ist Gegenstand heftiger Kritik. Bereits fünf Vierteljahre später ließen ihn die Genossen fallen. Er mußte sein Amt – inzwischen war er Reichswehrminister geworden – verlassen, und kein anderer Sozialdemokrat war bereit, das Reichswehrministerium und damit die Verantwortung für die Armee zu übernehmen. Das war ein verhängnisvoller Entschluß, der in erheblichem Maße zu der in der Zeit der Weimarer Republik niemals mehr überbrückten Kluft zwischen Reichswehr und organisierter Arbeiterschaft beigetragen hat.

Selbst die Figur Eberts wurde ins Zwielficht der Kritik gerückt, und zwar nicht nur in der sowjetischen oder überhaupt der kommunistischen historischen Literatur, sondern auch in manchen historischen Darstellungen, die in der Bundesrepublik erschienen sind. Wenn man aber die Protokolle der Sitzungen des Rats der Volksbeauftragten liest, kann man sich nicht dem Eindruck entziehen, daß die Situation wirklich verzweifelt war, wenn die Regierung, von revolutionären Kräften der extremen Linken bedrängt, sich an ihre eigenen Anhänger mit dem Ruf um Hilfe wandte und kaum jemand kam, der dem Ruf folgte. Ich möchte dies unterstreichen durch ein Wort von Julius Leber. Leber war einer der eindrucksvollsten jungen Führer der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Er stieß später zur Opposition gegen Hitler, wurde zum Tode

verurteilt und hingerichtet. Im Gefängnis schrieb er im Rückblick auf die Geschichte seiner eigenen Partei folgende bitteren Worte: »Die große Masse der zur Sozialdemokratischen Partei stehenden Arbeiter kam gar nicht auf den Gedanken, der jungen Revolutionsrepublik Blut und Leben zur Verfügung zu stellen im Kampf gegen links. Jetzt rächte sich bitter die ideelle Zwiespältigkeit der Bewegung, die noch im Vorkrieg dachte, den 4. August schamhaft übergang und mit dem 9. November noch nicht so recht ins reine gekommen war, die immer noch in der Tiefe des Herzens von einer Einheit der Arbeiterbewegung träumte, statt sich der harten revolutionären Wirklichkeit bewußt zu sein.«<sup>11)</sup>

Man muß feststellen, daß die Weimarer Republik in der Zeit ihrer revolutionären Entstehung zunächst von der Linken her bedroht wurde und daß sie mit der Durchführung der allgemeinen Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung überhaupt nur entstehen konnte auf der Grundlage einer Kooperation zwischen der sozialistischen Regierung Ebert und dezidiert nicht-marxistischen Kräften wie den Freikorps. Man mag diese Entwicklung bedauern, aber sie war unvermeidlich, da es – aus welchen psychologisch verständlichen Gründen auch immer – nicht genügend militante Sozialdemokraten gab, die bereit gewesen wären, die bei der Demobilisierung gleichsam auf der Straße liegenden Gewehre aufzugreifen und sich für die Regierung Ebert und das Zustandekommen einer demokratischen Verfassung zu schlagen.

Wir können eine Kooperation von Haus aus unterschiedlicher Interessenrichtungen auch im Bereich der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung beobachten. Gegen Ende des Krieges nämlich kamen die Gewerkschaften und die Unternehmerorganisationen überein, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Massen der zur Demobilisierung anstehenden Soldaten wieder in das wirtschaftliche Leben einzugliedern und die Kriegsindustrie auf Friedensproduktion umzustellen. Das war die damals vordringlichste Aufgabe. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen bildeten gemeinsam eine »Zentrale Arbeitsgemeinschaft«. In der Zwischenperiode zwischen Krieg und Frieden suspendierten sie bei aller Unterschiedlichkeit ihrer besonderen legitimen Interessen den Klassenkampf. Die führenden Figuren in dieser Zusammenarbeit waren der bekannte Ruhrindustrielle Hugo Stinnes und der Führer der Freien Gewerkschaften Karl Legien. Der Arbeitsgemeinschaft gelang es, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit substantiell zu verbessern. Der Achtstundentag wurde vereinbart ebenso wie

11: *J. Leber, Ein Mann geht seinen Weg* (1952), S. 204f.

die allgemeine Einführung des kollektiven Tarifvertrags und die Bildung von Betriebsräten in den Industrieunternehmungen. Was zwischen Kapital und Arbeit ausgehandelt worden war, übernahm der Rat der Volksbeauftragten in Form von Gesetzesverordnungen. Später wurden diese Elemente zum Teil in die Weimarer Verfassung eingefügt.

Für die Gewerkschaften sowohl wie für die Sozialdemokratische Partei gab es damals nach ihrem Verständnis der Lage eine ganz klare Alternative zwischen einer parlamentarischen Demokratie und dem in ihr möglichen sozialen Fortschritt auf der eine Seite und einem politischen und wirtschaftlichen Rätssystem auf der anderen auf der Basis der Diktatur des Proletariats, die von ihnen abgelehnt wurde. Natürlich war das Leitbild auch der Mehrheitssozialdemokraten eine sozialistische Gesellschaft, aber eine sozialistische Gesellschaft im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie. Beides aber, Sozialismus und Demokratie, waren in der damaligen Situation nicht gleichzeitig zu haben. Ich habe diesen Sachverhalt vor Jahren auf die Formel gebracht, die Freiheit der Wahl sei beschränkt gewesen auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder: »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Kräften wie dem alten Offizierkorps.«<sup>12)</sup>

Die Weimarer Republik war das Ergebnis eines sozialistisch-bürgerlich-konservativen Zweckbündnisses. Das Unterbleiben der sozialen Revolution war die Vorbedingung dafür, daß die Weimarer Republik als das bestimmte historische Gebilde, als das sie vor uns steht, nämlich eine demokratische, auf die Mehrheit des Volkes gestützte Staatsordnung, überhaupt ins Leben treten konnte.

### III.

An dieser Stelle und in Auseinandersetzung mit dieser These hat nun die Kritik einer Anzahl von Historikern der Bundesrepublik eingesetzt.<sup>13)</sup>

12: *K. D. Erdmann*, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955).

13: Als wichtigste Beiträge seien genannt: ein Literaturbericht von *E. Matthias* in: Neue Gesellschaft 3 (1956); *W. Tormin*, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie (1954); *E. Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919 (1962); *P. v. Oertzen*, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19 (1963); *U. Kluge*, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (1975). Über den Gang der Kontroverse *K. D. Erdmann*, Zeit der Weltkriege (s.o. Anm. 2), S. 165 ff.

Ihre Hauptthesen lauten: 1) Es hat niemals die ernsthafte Möglichkeit bestanden, daß Deutschland hätte bolschewistisch werden können, weil der Bolschewismus in den Massen keinen Anhang fand. 2) Die wahre Alternative bestand nicht zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätestaat, sondern zwischen einer parlamentarischen Demokratie im Bunde entweder mit reaktionären Kräften der alten Gesellschaft oder mit fortschrittlichen Kräften des Sozialismus. 3) Ebert und die führenden Mehrheitssozialdemokraten haben kein Verständnis dafür gehabt, welch potentielle Kraft die Rätebewegung für eine substantielle Demokratisierung der deutschen Gesellschaft darstellte. Blind gegenüber der wirklichen Situation, verpaßten sie die Chance, einen »dritten Weg« zwischen parlamentarischer Demokratie und Räteystem zu finden.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1) Es ist sicherlich richtig, daß die Mehrheit der Sozialisten in der Arbeiterbewegung keine Anhänger von Lenin und Rosa Luxemburg waren. Sie waren keine radikal-militanten Revolutionäre. Es ist aber festzustellen, daß im Verlaufe der Revolution der Radikalismus stärker wurde bis in die ersten Jahre der Weimarer Republik hinein. Das erklärt sich sicherlich zum Teil daraus, daß der Rat der Volksbeauftragten, d.h. Ebert und seine Freunde, es ablehnten, vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung auf undemokratischem Wege tiefgreifende Veränderungen des sozialen Systems vorzunehmen. Die Enttäuschung über die unterbliebene soziale Revolution gab dem Radikalismus einigen Auftrieb. Aber dessen Wurzeln lagen tiefer.

Neben dem Spartakusbund, den Revolutionären Obleuten und ähnlichen kleineren Gruppen gab es schon in den ersten Tagen der Revolution auch Mehrheitssozialdemokraten, die von der Tendenz zur Radikalisierung ergriffen wurden. So forderten schon am 16. November die mehrheitssozialdemokratischen Mitglieder im Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats gemeinsam mit den Unabhängigen sozialdemokraten, daß durch die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands eine »den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung« ausgearbeitet werden sollte bei möglichst spät anzusetzenden Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Das war eine Vorstellung, die offensichtlich weit abwich von der einer parlamentarischen Demokratie.<sup>14)</sup> Ein Zeichen der Radikalisierung war

14: Einleuchtende Argumente dafür, daß die fortschreitende Radikalisierung der Räte im Verlauf der Revolution weniger auf eine Enttäuschung über die ausgebliebene Sozialisierung als auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Räte zurückzuführen sei, bei *H. Hürten*, Die Novemberrevolution (s.o. Anm. 2).

es, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Rat der Volksbeauftragten ausschieden. Anfang 1919 wurde die Kommunistische Partei gegründet.

Anstelle einer wiedervereinigten Arbeiterklasse, die zu Beginn der Revolution das Feld zu beherrschen schien, gab es jetzt drei miteinander rivalisierende Parteien, die Mehrheitssozialdemokraten, die Kommunisten und zwischen beiden die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung. Hier war das Stärkeverhältnis zwischen Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten 5:1. Die ersten Wahlen aufgrund der Weimarer Verfassung im Juni 1920 gaben aber schon ein ganz anderes Bild: 102 sozialdemokratische Abgeordnete sahen sich nicht weniger als 84 Unabhängigen Sozialdemokraten und 4 Kommunisten gegenübergestellt. Der Einfluß der Sozialdemokraten war im Verlauf der Revolution erheblich zurückgegangen. Später trat sogar ein großer Teil der Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokraten der Kommunistischen Partei bei, so daß diese eine Massenbasis gewann.

Kann man es demnach wirklich für ein Zeichen unrealistischen Denkens halten, wenn der Mittelstand und die Führer der Mehrheitssozialdemokraten mit der Gefahr eines an Einfluß zunehmenden revolutionären Radikalismus als Möglichkeit gerechnet hatten? Stand nicht auch vor aller Augen das Beispiel dessen, was sich in Sowjetrußland zugetragen hatte, wo die relativ kleine, aber militante, aktive, revolutionäre Kommunistische Partei die führende Kraft in den Sowjets geworden war und schließlich die russische verfassunggebende Nationalversammlung aufgelöst hatte, und zwar eben deswegen, weil die Wahlen in Rußland als Ergebnis gezeigt hatten, daß die Bolschewiki nur eine Minderheit im Lande darstellten?

Die Spartakisten wie Rosa Luxemburg und die frühen Kommunisten in Deutschland waren ganz gewiß keine blinden Anhänger der Leninischen Methoden. Aber obwohl Rosa Luxemburg sich scharf gegen individuellen Terror aussprach, propagierte sie doch offen außerparlamentarische Massenaktionen mit der durchaus bejahten möglichen Eventualität eines schließlichen Bürgerkrieges. Sie äußerte sich verächtlich über den »parlamentarischen Kretinismus« der SPD und der Nationalversammlung.

Historiker können natürlich rückblickend feststellen, daß die revolutionären Kräfte in Deutschland zahlenmäßig niemals so stark waren wie die ihrer Gegner. Aber wenn man sich in die damalige Situation zurückschaltet, in der man noch nicht mit Sicherheit sagen konnte, was kom-

men würde und in der die Zukunft noch offen war, dann schien es keineswegs sicher, daß trotz der kleinen Zahl der entschlossenen Räterevolutionäre sich nicht etwas Ähnliches in Deutschland zutragen könnte wie in Rußland.

2) Man kann sich natürlich die Möglichkeit vorstellen, daß der konsequent demokratische, verfassungsrechtliche Rahmen, den die Weimarer Verfassung für das Leben der deutschen Gesellschaft darstellte, durch Maßnahmen hätte ergänzt werden können, die die Gesellschaft selber noch stärker demokratisiert hätten, als es durch das Wahlrecht, die verstärkte Stellung der Gewerkschaften und die Institutionalisierung von Betriebsräten geschah. Zum Beispiel kann man sich denken, daß die früheren führenden Schichten in den einflußreichen Positionen, die sie in den Gerichtshöfen und in der Bürokratie besaßen, durch überzeugte Demokraten hätten ersetzt werden können. Allerdings war dies ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen war. Tatsächlich wurde er im Laufe der Zeit in Preußen systematisch durchgeführt. Zunächst jedenfalls sah sich die Revolutionsregierung auf die Fachleute in der Verwaltung angewiesen. Sie beschwor sie geradezu, im Amte zu bleiben, um die Versorgung sicherzustellen, um den Verkehr und die Wirtschaft in Gang zu bringen und im Augenblick der schwersten außenpolitischen Belastung eine intakte innere Verwaltung aufrechtzuerhalten. Die Republik ist nicht an der mangelnden Loyalität ihrer Beamten zugrunde gegangen.

Man kann sich ferner denken, daß es möglich gewesen wäre, den Erwartungen der Arbeitermassen auf Verwirklichung sozialistischer Ideen insoweit entgegenzukommen, als man den einen oder anderen Industriezweig nationalisiert hätte, etwa die Bergwerke. Auch in bürgerlichen Parteiprogrammen finden sich solche Forderungen. Tatsächlich wurde ein Sozialisierungsausschuß gebildet; aber man gewinnt den Eindruck, daß er eher den Zweck hatte, die Massen zu beruhigen als wirklich praktische Vorschläge zu erarbeiten.

Die Sozialisierung unterblieb, weil selbst die überzeugtesten sozialistischen Theoretiker wie Rudolf Hilferding der Rückkehr zur Friedensindustrie und dem Anwachsen der Produktion eine Priorität einräumten und sozialistische Experimente fürchteten; denn ein risikoreiches Experiment wäre die Sozialisierung gewesen und nicht die Verwirklichung klarer wirtschaftsorganisatorischer Vorstellungen. Eine vor einigen Jahren veröffentlichte Analyse der Wirtschaftspolitik des Rats der Volksbeauftragten hat gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei in dem Augenblick, als die Macht in ihrer Hand war, keinerlei Konzept für ir-



gendeine Wirtschaftspolitik, geschweige denn ein durchdachtes Sozialisierungsprogramm besaß.<sup>15)</sup> Dieser Mangel an Planung war die Entsprechung zu ihrem Vertrauen in die Zwangsläufigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Es würde unhistorisch sein, von irgendeiner Gruppe oder Schicht zu erwarten, daß sie in der Lage sein sollte, gegen ihre eigene Natur zu handeln.

3) Die These, daß die Mehrheitssozialdemokraten die potentielle Kraft der Rätebewegung für eine Demokratisierung Deutschlands nicht begriffen hätten, wird in einigen Untersuchungen vertreten, denen das Verdienst zukommt, eine genauere Übersicht über die Rätebewegung, ihre spontane Bildung, ihre Tiefe und ihre Ausdehnung gegeben zu haben.<sup>16)</sup> Diese Untersuchungen haben gezeigt, daß in den Arbeiter- und Soldatenräten besonders in der Anfangsphase demokratische und sozialistische Vorstellungen wie bei den Sozialdemokraten eng beieinander wohnten. Aber es bleibt eine offene Frage, auf welche Weise denn eigentlich die Ebert-Regierung sich dieser Bewegung zum Zwecke einer weitergehenden Demokratisierung der Gesellschaft hätte bedienen sollen.

Zunächst ist zu bedenken, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nur eine Minderheit im deutschen Volk und keineswegs den demokratischen Volkswillen als solchen repräsentierten. Sie rekrutierten sich im wesentlichen aus Angehörigen und Sympathisanten der beiden sozialistischen Parteien, mobilisierten also kein darüber hinausgehendes Potential, auf das Ebert und seine Freunde hätten zurückgreifen können. Ähnlich wie in Rußland kamen auch in Deutschland die Räte unter den Einfluß rivalisierender Gruppierungen und Parteien. Bestimmend für die politische Konstellation im Deutschland der Novemberrevolution war weniger das Verhältnis zwischen der Regierung und den Räten als das zwischen SPD, USPD und Spartakisten/Kommunisten. Bei aller Bedeutung der Räte muß man doch vor ihrer politischen Überbewertung warnen.<sup>17)</sup> Sie stellten weniger eine eigene Willensrichtung aus originärer Substanz dar, als daß sie Schauplatz, Forum rivalisierender sozialistischer Partei- und Gruppentendenzen waren. Ihr Mangel an militärischer Handlungsfähigkeit war evident. Zwar votierten sie für eine Armee mit Führerwahl, aber die nach diesem Prinzip vom Rat der Volksbeauftrag-

15: *H. Schieck*, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918 (Diss. Heidelberg 1958).

16: s. o. Anm. 13.

17: Eine vorsichtige Warnung vor einer Überschätzung der historischen Bedeutung der Rätebewegung findet sich auch in der ausgewogenen Darstellung von *Susanne Miller*, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920 (1978).

ten aufgestellte Freiwillige Volkswehr erhielt von ihnen nicht die notwendige Unterstützung. Die Räte haben nicht verhindert, daß sich Ebert für die Durchführung der freien Wahlen zur Nationalversammlung, die sie ebenso wollten wie er, unglücklicherweise auf die Freikorps stützen mußte.

Wie ist neben dem politischen und militärischen das wirtschaftspolitische Potential der Räte einzuschätzen? Hier ist auf eine hochinteressante Untersuchung Peter von Oertzens zu verweisen, die sich mit der spontanen Bewegung für eine Sozialisierung der Wirtschaft im Ruhrgebiet im ersten Monat des Jahres 1919 befaßt. Arbeiterräte nahmen die Kontrolle über das Management der Kohlengruben in ihre eigene Hand. Es gelang ihnen, streikende Arbeiter zurück zur Arbeit zu bringen, ein vom Verfasser mit Recht unterstrichener Erfolg. Aber auch in diesem wirtschaftlichen Bereich wurden die Räte zum Kampfplatz rivalisierender Kräfte, die um Einfluß rangen. Radikal-revolutionäre Gruppen erlangten das stärkste Gewicht. Ihnen stellten sich aber nun in klarer Gegnerschaft die mächtigen Gewerkschaften entgegen, die sich selbst und nicht die Räte als die legitimen Vertreter der Arbeiterinteressen betrachteten. Nicht zuletzt infolge dieses Gegensatzes von Räten und Gewerkschaften ist die Bewegung zur regionalen Sozialisierung im Ruhrgebiet zusammengebrochen.

Peter von Oertzen hat nun seine historische Analyse, ein Werk von wissenschaftlichem Rang, mit Reflexionen eines politologischen Theoretikers verbunden. Er stellt die These auf, daß es zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätssystem einen dritten Weg gegeben habe: die Kombination eines wirtschaftlichen Rätessystems mit der parlamentarischen Demokratie. Diese Theorie wurde auf dem deutschen Historikertag 1964 in Berlin im pro und contra diskutiert.<sup>18)</sup> Eine ganze Reihe von Kritikern waren der Meinung, daß diese These ein rein theoretisches Wunschbild darstelle und es bis jetzt jedenfalls nicht durch irgendeinen historischen Test als möglich und realisierbar erwiesen worden sei, eine parlamentarische Demokratie auf der wirtschaftlichen Grundlage eines Rätessozialismus aufzubauen.

Darüber hinaus wurde auf dem Berliner Historikertag die generelle Frage nach der Möglichkeit eines dritten Weges zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätssystem diskutiert. Kritiker der Theorie einen dritten Weges deuteten auf das hin, was sich in Bayern im Jahre

18: 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin vom 7.-11. Oktober 1964. Beiheft zu Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1965).

1919 zugetragen hatte, wo eine Kombination zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätssystem versucht wurde und in der unverhüllten Diktatur einer kleinen Gruppe von Radikalen endete.

Meine eigene Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit eines dritten Weges, der in der historisch-politischen Diskussion nach wie vor eine Rolle spielt, ist folgende: Man kann sich durchaus vorstellen, daß eine in der Form eines Rätessystems organisierte Diktatur des Proletariats ebenfalls einige für die Demokratie charakteristische Formelemente wie z.B. ein gewähltes Parlament in sich einschließt. So dachten die Sowjets in Rußland anfangs, daß die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung ihren Zwecken dienlich sein werde – allerdings verjagten sie die Versammlung, nachdem sie gewählt und zusammengetreten war. Die real bestimmende Macht sollte also nicht beim Parlament, sondern bei den Räten oder der die Räte beherrschenden Partei liegen. Dies schwebte auch einigen Anhängern des Rätessystems in der deutschen Novemberrevolution, Rosa Luxemburg z.B., vor.

Andererseits ist es möglich, daß bestimmte Elemente eines Rätessystems in den Rahmen einer parlamentarischen Demokratie eingefügt werden. Dies trifft in bestimmter Hinsicht auch für die Weimarer Reichsverfassung zu, die einen ganzen Pyramidenaufbau von Räten vorsah – wenn er auch nur bruchstückhaft durchgeführt wurde – mit Betriebsräten an der Basis und einem zentralen Reichswirtschaftsrat an der Spitze mit konsultativen, nicht legislativen oder exekutiven Rechten.

Mit Sicherheit kann man sagen, daß alle historische Erfahrung gegen eine gleichgewichtige Symbiose der heterogenen Strukturprinzipien von parlamentarischer Demokratie und Rätediktatur spricht. Sie schließen einander logischerweise aus.

Was das erste Experiment der Demokratie in Deutschland betrifft, so war es ganz gewiß nicht deswegen zum Untergang verurteilt, weil die politische Novemberrevolution nicht durch eine soziale Revolution begleitet wurde oder weil der Sozialdemokrat Ebert nicht die Chancen eines angeblichen dritten Weges zwischen Demokratie und Rätssystem gesehen und gesucht hätte. Man kann das Argument vorbringen, daß es für die Demokratie in der Weimarer Republik vielleicht leichter gewesen wäre, wenn in der Novemberrevolution die alte Führungselite aus der Verwaltung und aus der Armee ausgeschlossen worden wäre. Aber infolge der mangelnden Militanz der sozialdemokratischen Massen wäre ohne die Kooperation zwischen der Mehrheitssozialdemokratie, den bürgerlichen Parteien und den konservativen Kräften aus Beamtschaft und Offizierkorps die demokratisch-parlamentarische Verfassung der

Weimarer Republik überhaupt nicht zustande gekommen. Das Fundamentalgesetz für das Funktionieren der Demokratie im Deutschland der Weimarer Republik war der kategorische Imperativ zur Kompromißbereitschaft zwischen heterogenen gesellschaftlichen und politischen Kräften. Die Demokratie funktionierte, solange die republikanischen Parteien sich bereit und in der Lage zeigten, sich diesem Erfordernis entsprechend zu verhalten.

# Det Kongelige Danske Videnskabernes Selskab

## *Historisk-filosofiske skrifter*

Hist. Filos. Skr. Dan. Vid. Selsk.

Priser excl. moms

### Vol. 6 (DKr. 250.-)

D.kr.

1. NEUGEBAUER, O., and PINGREE, D.: The Pañcasiddhāntikā of Varāhamihira. Part I-II. 1970-71 ..... 150.-
2. PLOUG, GUNHILD: Sūkās. II. Aegean, Corinthian and Eastern Greek Pottery and Terracottas. 1973 (Publications of the Carlsberg Expedition to Phoenicia 2) 100.-

### Vol. 7 (DKr. 715.-)

1. DANIELSEN, NIELS: Die Frage. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung. 1972..... 45.-
2. RIIS, P. J., and THRANE, HENRIK: Sūkās. III. The Neolithic Periods. 1974 (Publications of the Carlsberg Expedition to Phoenicia 3)..... 60.-
3. WESTENHOLZ, AAGE: Early Cuneiform Texts in Jena. 1975..... 160.-
4. DANIELSEN, NIELS: An Essay on Nomos and Human Language. 1976..... 250.-
5. HANSEN, HENNY HARALD: An Ethnographical Collection from the Region of the Alawites. With Contributions by P. J. RIIS, J. ROHWEDER and S. M. SØNDERGAARD. 1976 (Publications of the Carlsberg Expedition to Phoenicia 4) 200.-

### Vol. 8 (DKr. 300.-)

1. STEENSBERG, AXEL, og CHRISTENSEN, J. L. ØSTERGAARD: Store Valby. Historisk-arkæologisk undersøgelse af en nedlagt landsby på Sjælland. Med bidrag af TOVE HATTING og DAVID LIVERSAGE. With an English Summary. Parts I-III. 1974..... 300.-

### Vol. 9 (*uafsluttet/unfinished*)

1. HAMMERICH, L. L.: A Picture Writing by EDNA KENICK, Nunivak, Alaska. With Prefaces by JES P. ASMUSSEN and ROBERT PETERSEN. 1977..... 150.-
2. ASMUSSEN, JES P., and PAPER, HERBERT: The Song of Songs in Judaeo-Persian. Introduction, Texts, Glossary. 1977..... 180.-

### Vol. 10 (*uafsluttet/unfinished*)

1. THRANE, HENRIK: Sūkās IV. A Middle Bronze Age Collective Grave on Tall Sūkās. 1978 (Publications of the Carlsberg Expedition to Phoenicia 5. Simultaneously published: Publications 6: ALEXANDERSEN, VERNER: Sūkās V. A Study of Teeth and Jaws from a Middle Bronze Age Collective Grave on Tall Sūkās. *Biologiske Skrifter* 22:2, 80.-). 1978..... 100.-
2. RIIS, P. J.: Sūkās VI. The Gracco-Phoenician Cemetery and Sanctuary at the Southern Harbour (Publications of the Carlsberg Expedition to Phoenicia 7). 1979..... 120.-

*Historisk-filosofiske Meddelelser*  
 Hist. Filos. Medd. Dan. Vid. Selsk.  
 Priser excl. moms

Vol. 46 (DKr. 182.-)

D.kr.

- |  |      |
|--|------|
| 1. STEN, HOLGER: L'emploi des temps en portugais moderne. 1973.....  | 90.- |
| 2. BIRKET-SMITH, KAJ: Studies in Circumpacific Culture Relations. III. Sundry Customs and Notions. 1973.....   | 32.- |
| 3. HJELHOLT, HOLGER: Arvefølgesag og forfatningsforhold i det danske monarki ved midten af 19. århundrede. Fr. v. Pechlins virksomhed for monarkiets opretholdelse ca. 1845-51. Mit einer deutschen Zusammenfassung. 1973... | 60.- |

Vol. 47 (DKr. 338.-)

- |  |       |
|--|-------|
| 1. BIRKET-SMITH, KAJ: Studies in Circumpacific Culture Relations. IV. The Double-Headed Serpent. 1973.....                                 | 8.-   |
| 2. HANNESTAD, LISE: The Paris Painter, an Etruscan Vase-Painter. 1974.....   | 45.-  |
| 3. RASMUSSEN, JENS ELMEGÅRD: Haeretica Indogermanica. A Selection of Indo-European and Pre-Indo-European Studies. 1974.....                | 35.-  |
| 4. HANNESTAD, LISE: The Followers of the Paris Painter. 1976.....  | 110.- |
| 5. HAMMERICH, L. L.: Phil. 2,6 and P. A. Florenskij. 1976.....   | 20.-  |
| 6. STEENSBERG, AXEL: Stone Shares of Ploughing Implements from the Bronze Age of Syria. 1977.....  | 50.-  |
| 7. GULDBERG AXELSEN, HANS: A Preliminary Report Concerning Ethnological Field Research in the Solu District in North East Nepal. 1977..... | 70.-  |

Vol. 48 (*uafsluttet/unfinished*)

- |  |       |
|--|-------|
| 1. HENDRIKSEN, HANS: Himachali Studies. I. Vocabulary. 1976.....       | 180.- |
| 2.       -       -       -       -       II. Texts. 1979.....          | 150.- |
| 3.       -       -       -       -       III. Grammar, in preparation. |       |

Vol. 49 (DKr. 410.-)

- |  |       |
|--|-------|
| 1-2. GENGE, HEINZ: Nordsyrisch-südanatolische Reliefs. Eine archäologisch-historische Untersuchung. Datierung und Bestimmung. I. Text. II. Abbildungen. Anmerkungen. 1979..... | 320.- |
| 3. SÄVE-SÖDERBERGH, TORGYNY: The Scandinavian Joint Expedition to Sudanese Nubia. 1979.....  | 50.-  |
| 4. ERDMANN, KARL DIETRICH: Rättestaat oder parlamentarische Demokratie. Neuere Forschungen zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland 1979.....                                | 40.-  |